

Pressmitteilung

Wohnungslose Familien müssen draußen schlafen

Amaro Foro fordert Lösung für diese Situation vom Berliner Senat und den Bezirken

Trotz Wintereinbruch sind Familien mit Kindern obdachlos und es gibt keine Notunterkünfte für sie. „Unverständlich ist es“, sagt der Vorsitzende von Amaro Foro e.V., Merdjan Jakupov, „dass gerade Eltern mit Kindern keine Schlafplätze finden“.

Wir fordern deshalb, dass Senat und Bezirke eine Lösung noch im Winter 2012/2013 für Familien unabhängig ihrer Herkunft finden und aufhören über Zuständigkeiten zu streiten. Jugendverwaltung und Sozialverwaltung müssen sowohl auf Bezirks-, als auch auf Senatsebene gemeinsam die Verantwortung tragen. Dringend nötig ist eine Unterkunft für Familien, die ganztägig geöffnet ist und als unbürokratische Notfallhilfe zugänglich ist.

Ein angespannter Berliner Wohnungsmarkt führt dazu, dass immer mehr Menschen aufgrund von Räumungsklagen ihre Wohnungen verlassen müssen und keinen bezahlbaren Wohnraum finden. Insbesondere die Diskriminierung von Zuwandererfamilien zwingt die Betroffenen in irreguläre Mietverhältnisse bis hin zum Übernachten in Gartenlauben und im Freien. Ohne Wohnraum wiederum ist keine Meldeadresse möglich und somit der Zugang zu Arbeitsmöglichkeiten, Krankenversicherung und anderen elementaren Grundbedürfnissen verwehrt.

In den Notübernachtungen und der Kältehilfe ist eine Unterbringung von Kindern ausgeschlossen. Die Zuständigen vor Ort beziehen sich dabei auf Drogenkonsum und Gemeinschaftsunterkünfte, die das Kindeswohl gefährden würden.

Der Senat hat zwar die Plätze der Kältehilfe aufgestockt (was wir begrüßen), jedoch ist für Familien nicht ein einziger Platz dabei. Ignorant finden wir auch, dass Bezirksämter durchaus nach SGB XII eine Unterbringung wohlwollend prüfen und damit Kinder von der Straße holen könnten. Neben der Nothilfe, gibt es nämlich familiengerechte Wohnheime, die mit Kostenübernahmen über SGB II oder SGB XII für zugänglich wären. Doch selbst hier fehlen die Plätze. Stattdessen wird gar nicht oder unzureichend geprüft, ob Familien nach ASOG (allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz von Berlin) in Wohnheimen untergebracht werden könnten und die Kosten hierfür nach SGB XII getragen werden könnten. Dabei wurde vom Senat bereits im Jahr 1999 der größtmögliche Ermessensspielraum (vgl. Senat von Berlin, „Leitlinien und Maßnahmen- bzw. Handlungsplan der Wohnungslosenhilfe und -politik in Berlin, 1999) bei Familien eingefordert.

Die Gefahren für die Gesundheit durch das Nächtigen im Freien oder in Behelfsunterkünften wie Autos, Gartenlauben, Bauruinen wird weitgehend ignoriert. Zudem muss unser Verein sowohl bei Einrichtungen der Obdachlosenhilfe als auch auf den zuständigen Behörden eine Diskriminierung von Menschen aus den neuen EU-Beitrittsländern Rumänien und Bulgarien feststellen, insbesondere von Roma dieser Staatsangehörigkeiten. Dabei handelt es sich bei den meisten Familien, so unterschiedlich ihre Hintergründe und ihre Situation auch sind, um Unionsbürger. Wir sehen hierin eine klare Verletzung der EU-Richtlinie 83/2004, die eine Diskriminierung von EU-Bürgern gegenüber anderen Staatsangehörigen verbietet.

Viele der Familien werden von Mitarbeiter_innen unserer Beratungsstelle begleitet. Vereine und Organisationen, die Unterstützung anbieten, sehen sich einem enormen Druck ausgesetzt und müssen unkonventionelle Lösungen finden, um Familien nicht in die Kälte zu schicken. Viele Unterstützungseinrichtungen schlagen deshalb Alarm und das nicht erst seit heute. Die Situation von obdachlosen Familien ist bereits seit 2009 öffentlich und bekannt. Verlässliche Zahlen werden von Bezirksämtern selten geliefert, da die Familien bei Ablehnung der Unterbringung nicht erfasst werden.

Erst in den letzten Wochen wurden Lösungsmöglichkeiten mit dem Senat, Bezirken und NGOs erörtert im Rahmen des sogenannten „Aktionsplanes Roma“ (Berliner Strategie zur Einbeziehung von ausländischen Roma, Zur Vorlage im Abgeordnetenhaus Berlin, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/0440 vom 08.08.2012, <http://www.parlament-berlin.de/adoss/17/IIIPlen/vorgang/d17-0440.pdf>). So wurde lediglich für Roma und erst ab 2014 eine Notunterkunft vorgeschlagen.

Die Familien können nicht bis 2014 warten und die Mitarbeiter_innen von NGOs können nicht bis 2014 provisorische Lösungen aufrechterhalten. Vereine, Hausprojekte und politisch linke Gruppen zeigen Verantwortung und bringen Menschen unter. Diese Verschiebung der Verantwortung muss enden!

Wir fordern deshalb eine gemeinsame Lösung von Senat und Bezirken noch im Winter 2012/2013 für Familien unabhängig ihrer Herkunft und ein Ende des Streites über Zuständigkeiten. Jugendverwaltung und Sozialverwaltung müssen auf Bezirks- und Senatsebene gemeinsam die Verantwortung tragen. Eine familiengerechte Unterbringung würde bedeuten, dass eine Familie ganztägig zusammenbleiben kann ohne Angst vor dem Jugendamt und einen Schutzraum hat, wo sie auch Betreuung von Sozialarbeitern in Anspruch nehmen kann. Darüber hinaus fordern wir die Einzelfallprüfung nach SGB XII für alle betroffenen Familien und eine klare Richtlinie des Senats, die die Unterbringung von Familien ernst nimmt.

Wir fordern, dass die Wohnungslosigkeit der Familien als sozialpolitisches Problem wahrgenommen und anerkannt wird und dass es eine klare Absage an die diskriminierende Zuweisung von Obdachlosigkeit als sogenanntes „Roma-Problem“ gibt. Die Stigmatisierung der Wohnungslosigkeit von Roma-Familien in der Presse, als selbstverschuldet, kulturell bedingt oder ähnliches muss aufhören!

Amaro Foro e.V. („Unsere Stadt“) ist der Berliner Landesverband von Amaro Drom e.V. und ein Verein von jungen Roma und Nicht-Roma mit dem Ziel, jungen Menschen durch Empowerment, Mobilisierung, Selbstorganisation und Partizipation Raum zu schaffen. Der Verein unterstützt eine Jugendgruppe und betreut ein Kinderprogramm, fördert Bildung und Weiterbildung von jungen Roma, engagiert sich in Kultur- und Community-Building-Projekten sowie an Berliner Schulen und betreibt eine Sozialberatungsstelle für Roma Migrant_innen aus neuen EU Mitgliedsländern.

<http://www.amarodrom.de/jugendverband/berlin-amaro-foro>

Pressekontakt:

Fr. Maya: 0163-2301084

info@amaroforo.de